

Die bösen Buben leben noch



Gerade mal Anfang 30 war der Schriftsteller und Zeichner Wilhelm Busch, als er 1863 die Arbeit an dem Bilderbuch „Max und Moritz“ aufnahm. Veröffentlicht wurde diese „Bubengeschichte in sieben Streichen“ im Oktober 1865 – vor 150 Jahren. Das Werk, das sich subtil über repressive Erziehungsmethoden mokierte, wurde zu einem Welterfolg. Bericht Seite 22

Drei Jahre Haft nach Todesfahrt

Landgericht verurteilt 25-Jährigen Bremer wegen fahrlässiger Tötung und Unfallflucht vor Ihlpohler Diskothek

VON ANGELIKA SIEPMANN

Verden-Ritterhude-Ihlpohl. Der Todesfahrer von Ihlpohl ist zu einer Haftstrafe von drei Jahren verurteilt worden. Das Landgericht Verden sprach den 25-jährigen Bremer am Montag wegen fahrlässiger Tötung in Tateinheit mit fahrlässiger Gefährdung des Straßenverkehrs und Unfallflucht schuldig.

Im Prozess um die tödliche Autofahrt am Ostersonntag nahe der Diskothek „Arena“ war der Todesfahrer ursprünglich wegen Mordes aus Heimtücke und niederen Beweggründen angeklagt worden. Die 1. Große Strafkammer befand jedoch, dass der Angeklagte, ein Verkäufer, nicht mit Tötungsvorsatz gehandelt habe. Entgegen seiner zum Prozessauftakt abgegebenen Erklärung sei er aber nicht „unbeabsichtigt“ auf zwei Fußgänger zugefahren, sondern habe das spätere Opfer bewusst „erschrecken“ wollen, sagte der Vorsitzende Richter Volker Stronczyk in seiner Urteilsbegründung. Man habe auch keinen Zweifel, dass dem Angeklagten unmittelbar nach der tödlichen Kollision klar gewesen sei, einen Menschen überfahren zu haben.

Die Richter blieben mit ihrem Strafmaß deutlich unter der Forderung der Staatsanwaltschaft. Die hatte vier Jahre und drei Monate Haft verlangt. Nach der sechstägigen Beweisaufnahme war auch die Ermittlungsbehörde von ihrem Mord-Vorwurf abgerückt: Dass der 25-Jährige den Tod des Fußgängers billigend in Kauf genommen habe, sei nicht sicher zu belegen, sagte Staatsanwalt Joachim Beneke. Es sei jedoch „ein erhebliches Maß an Fahrlässigkeit“ festzustellen gewesen. Die Vertreter der Nebenkläger (der Vater des Opfers und der Freund des Getöteten) schlossen sich der Forderung des Staatsanwalts an.

Die Verteidiger plädierten für eine höchstens zweijährige Freiheitsstrafe auf Bewährung. Ihr Mandant habe sich „der Verantwortung gestellt“ und kein Motiv gehabt, gegen den 21-Jährigen vorzugehen. Er sei zudem „medial, öffentlich stark stigmatisiert“ worden, meinte Rechtsanwalt Bernhard Docke, und dadurch bereits „hart bestraft“ worden. Docke sprach von der „Schmähung eines Unholds“.

Der Angeklagte war nach dem fünften Prozessstag aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Vor allem aufgrund der Aus-

führungen des Verkehrssachverständigen gebe es keinen dringenden Verdacht auf Mord oder Totschlag, so das Gericht. Eine Bewährungsstrafe für den 25-Jährigen sei aber wegen der Gefährlichkeit seines Tuns nicht in Betracht gekommen, sagte Stronczyk. Der Mann habe den ihm unbekanntem 21-Jährigen durch seine Verhaltensweise „erschrecken“ wollen.

Einen Streit zwischen den beiden in der Diskothek, wie von den Ermittlern zunächst angenommen, habe es zwar nicht gegeben. Wohl aber sei der Angeklagte offenbar über eine Bemerkung des 21-Jährigen während seines Telefonats an der Tankstelle „verärgert oder gekränkt“ gewesen. Es bestehe ein „ganz enger zeitlicher Zusammenhang“ zum tödlichen Geschehen gegen 4.30 Uhr. Der alkoholisierte Angeklagte, der trotz verminderter Sehfähigkeit keine Brille trug, habe den VW-Golf seiner Schwester von der Tankstelle nach rechts gelenkt und „wollte dann so fahren wie er fuhr“, so Stronczyk: „Zu zwei Dritteln auf dem Fußweg.“ Außerdem habe er „zügig bis durchschnittlich“ beschleunigt, auf Tempo 45 bis 50. „Ihm war bewusst, dass beide vor ihm gingen.“

Nach Erkenntnissen des Sachverständigen Holger Graß hat eine Reifenspur ergeben, dass es noch ein Ausweichmanöver nach links und einen Bremsvorgang gegeben haben muss. Dies passierte nach den Berechnungen des Experten „um 0,8 bis eine Sekunde zu spät“. Stronczyk sprach von einer „Fehleinschätzung“ der Situation aufgrund der Alkoholeinwirkung und der Sehschwäche.

Wie hoch der Grad der Alkoholisierung war, ließ sich aber nicht genau bestimmen. Der psychiatrische Gutachter war auf einen Promillewert „etwa zwischen eins und zwei“ gekommen. Eine verminderte Schuldfähigkeit habe man nicht annehmen können, urteilten die Richter.

Dem 25-Jährigen wurden seine „teilweise geständige“ Einlassung und seine erkennbare Reue zugute gehalten. Strafrechtlich sei er noch nicht einschlägig in Erscheinung getreten, habe aber zur Tatzeit wegen einer anderen Sache noch unter Bewährung gestanden. Kommentar Seite 2

» Unsere komplette Berichterstattung zu dem Fall finden Sie auf unserer Homepage unter www.weser-kurier.de/ihlpohl

Weitere Milliarden für HSH Nordbank

Brüssel. Die HSH Nordbank darf milliardenschwere Altlasten an ihre Hauptgesellschafter Hamburg und Schleswig-Holstein abgeben. Spätestens 2018 soll das Institut verkauft werden. Darauf haben sich EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager, Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz und der Kieler Ministerpräsident Torsten Albig (beide SPD) am Montag in Brüssel geeinigt. Die EU-Kommission, die Regierungen und die Parlamente der Länder müssen das Ergebnis noch offiziell billigen. „Dies ist ein in jeder Hinsicht konstruktiver Abschluss der Verhandlungen“, sagte Scholz. Auch Albig zeigte sich zufrieden.

Nach der Einigung darf sich die Bank von 8 Milliarden Euro faulen Schiffskrediten trennen. Davon sollen bis zu 6,2 Milliarden Euro an die Länder gehen. Aus diesen Verkäufen ergeben sich für die Bank Verluste, denn diese Kredite stehen zu höheren Werten in der Bilanz, als dafür am Markt zu erzielen sind. Die Länder dürfen aber nur zu Marktwerten kaufen, alles andere wäre eine Subvention. Die Verluste aus dem Verkauf der Kredite fallen unter den Risikoschild der Länder.

Außerdem werde die HSH Nordbank in eine Holdinggesellschaft und eine operative Tochtergesellschaft aufgespalten, hieß es weiter. Die operative Gesellschaft soll die laufenden Geschäfte weiterführen und spätestens 2018 verkauft werden. Gelingt das nicht, muss sie ihre Geschäfte auslaufen lassen. Bericht Seite 15

Zu hohe Erwartungen



Norbert Holst über maritime Politik

Es ist immer so eine Crux mit Agenden, Strategie- und Eckpunktepapieren. Sie schrauben die Erwartungen in Höhen, die nur schwer zu befriedigen sind. So ist es auch mit den „Eckpunkten einer Maritimen Agenda 2025“, die Uwe Beckmeyer, der maritime Koordinator der Bundesregierung, auf der 9. Nationalen Maritimen Konferenz in Bremerhaven vorgelegt hat.

Herausgekommen ist ein 14-seitiges Papier, das die Baustellen der Branche feil herausarbeitet. Es sind auch einige geplante Neuregelungen genannt. So sollen die Reeder entlastet werden, um den ungebremsten Trend zur Ausflagung zu stoppen. Auch der Fördertopf für innovativen Schiffbau soll vergrößert werden. Und natürlich fehlt auch nicht die Notwendigkeit, die Hinterlandanbindung der Häfen zu stärken.

Das Problem: Bei weitem nicht alle im Papier angedachten Maßnahmen und Innovationen werden sich finanzieren lassen. Schifffahrt und Schiffbau sind ohnehin schon hoch subventionierte Branchen. Da ist der Kuchen, der noch nicht verteilt ist, naturgemäß vergleichsweise klein. Der Umbau von Schiffen auf den umweltfreundlichen Antrieb mit verflüssigtem Erdgas ist ebenso ein teures Unterfangen wie die Förderung des Tiefseebergbaus.

Deshalb ist dieses Strategiepapier vor allem ein Katalog, der mit Leben gefüllt werden muss – von Politik, Gewerkschaften, Verbänden und Unternehmen. Die Kanzlerin appellierte in Bremerhaven an ein „gewisses Verständnis für einen gemeinsamen Weg“. Es ist der Appell, dass die gesamte Branche im knallharten internationalen Geschäft enger zusammenrücken muss – und dass sich manche Teilbereiche auch mal zurücknehmen. Beispiel Ausflagung: Trotz Subventionen könnten die Reeder ihr Versprechen, den Trend zu bremsen, nicht einhalten.

Andererseits verblüfft auch manche Bremse von Seiten der Politik. Bessere Hinterlandanbindungen könnte und müsste es längst geben. Auch die Forschungsförderung ist im Vergleich etwa zu den milliardenschweren Geldspritzen für die Luft- und Raumfahrtindustrie sehr überschaubar. Aber es bleibt ja eine Hoffnung: Das nächste Strategiepapier kommt bestimmt.

Berichte Seite 4 und 5 norbert.holst@weser-kurier.de

KOPF DES TAGES

Christoph Grunenberg



Seit fast vier Jahren ist Christoph Grunenberg Direktor der Bremer Kunsthalle – am 1. November 2011 übernahm der Kunsthistoriker die Leitung von Wulf Herzogenrath. Da war die Kunsthalle just umfänglich renoviert und wiedereröffnet worden. Der gebürtige Frankfurter Grunenberg (53) hatte in London promoviert und danach unter anderem an der National Gallery of Art in Washington und der Kunsthalle Basel gearbeitet. Vor seinem Wechsel nach Bremen hatte er die Tate Liverpool geleitet. Mit modernen Konzepten der Kunstvermittlung kennt Grunenberg sich also aus – an diesem Dienstag stellt er das neue Corporate Design und die frisch überarbeitete Corporate Identity der Kunsthalle vor.

WETTER

Tagsüber 12° Nachts 7° Niederschlag 60%

Weiter Nachschub an Regen Ausführliches Wetter Seite 8

H 7166 • 28189 BREMEN



Grippe-Impfung für Flüchtlinge

Bremen-Nordenham. Das Land Bremen befürchtet eine Grippewelle unter Flüchtlingen. Deshalb plant die Gesundheitsbehörde eine Impfkampagne in Notunterkünften wie Zelten, Übergangswohnheimen und Erstaufnahmen. „Sie soll in den nächsten zwei bis drei Wochen anlaufen“, sagte die Sprecherin der Behörde, Christina Selzer. Für 3000 Erwachsene und 1000 Kinder sei Impfstoff bestellt worden. Hintergrund sei, dass die Menschen in den Unterkünften auf engstem Raum zusammenleben, dadurch sei das Risiko für eine Ansteckung besonders hoch. Nach Auskunft der Sozialbehörde sollen bis Anfang Dezember zudem elf neue winterfeste Zelte aufgestellt werden: einerseits als zusätzliche Standorte, andererseits um bisherige, nicht winterfeste Zelte zu ersetzen.

Genau 109 Flüchtlinge kamen am Sonntagabend in der Jugendherberge Nordenham an, die als kommunale Notaufnahmestelle eingerichtet ausgestattet worden ist. Bereits am Abend waren nur noch 38 von Ihnen vor Ort. Alle anderen waren entweder zu Verwandten oder, wie es von den Organisatoren hieß, mit dem Ziel Skandinavien weitergereist. Dass Flüchtlinge sich der Verwaltung entziehen, ist kein Einzelfall. „Schwund“ sagt dazu der Leiter der niedersächsischen Landesaufnahmestelle, Stefan Pankratowitz: „Die Flüchtlinge sind keine Gefangenen. Wir haben überhaupt keine Handhabe, ihnen die Weiterreise zu verwehren.“ Berichte Seiten 6, 9 und 14

THEMA

Pegida marschiert seit einem Jahr

3

Zum Jahrestag der fremdenfeindlichen Pegida-Bewegung haben sich am Montagabend in Dresden Zehntausende Anhänger und Gegen-demonstranten gegenüber gestanden.

BREMEN

Feuerwehr beschäftigt Gericht

10

Es geht um viel Geld: 60 Feuerwehrleute aus Bremen und Bremerhaven wollen vor Gericht erreichen, dass die bisher als Rufbereitschaft honorierten Einsatzführungsdienste voll bezahlt werden – rückwirkend bis 2010.

BREMEN

Bremerhavens Verwaltung ist zu teuer

10

Der Spardruck auf Bremerhaven könnte steigen. Fachleute haben die Ausgabenpolitik der Seestadt analysiert. Ihr Fazit: Bremerhaven liegt deutlich über den Vergleichswerten der Stadt Bremen.

SPORT

Niersbach glaubt ans Sommermärchen

24

DFB-Präsident Wolfgang Niersbach hat die Korruptionsvorwürfe um die Vergabe der Fußball-WM 2006 erneut vehement zurückgewiesen. „Die WM 2006 war ein Sommermärchen, und sie ist ein Sommermärchen. Das Sommermärchen ist nicht zerstört“, sagte Niersbach am Montag im neuen Deutschen Fußballmuseum in Dortmund.



RUBRIKEN

Familienanzeigen	7	Rätsel & Roman	21
Fernsehen	28	Tipps & Termine	12
Lesermeinung	26	Veranstaltungsanzeigen	27